

Der Kampf um den serbischen Handelsvertrag.

Wien, 20. August.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Agrariern scheinen noch nicht zum vollen Abschlusse gekommen zu sein. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß die gesamte österreichische Industrie trotz der dringlichen Petition der niederösterreichischen Handelskammer, der Brünner Handelskammer und des Niederösterreichischen Gewerbevereins und trotz der zahlreichen Anfragen angesehener Firmen, die an dem Handel mit Serbien hervorragend interessiert sind, nicht durchzusehen vermochte, daß ihr der genaue Termin für die Inkraftsetzung des Uebereinkommens mitgeteilt werde. Darüber besteht noch immer die vollste Unsicherheit. Dieser seltsame Zustand steigert die Erregung in der Industrie und in den wirtschaftlichen Korporationen und ist ein klares Zeichen von der beängstigenden Macht und dem erdrückenden Einflusse, den die Agrarier in Oesterreich erreicht haben. Der Wunsch der Industrie, daß die Inkraftsetzung des Handelsvertrages beschleunigt werde, und das gewiß maßvolle Verlangen, auch nur den Tag oder das beiläufige Datum der Ausführung des Vertrages zu erfahren, können nicht berücksichtigt werden, weil die Agrarier ihre volle Zustimmung bisher nicht gegeben haben. Man hofft, daß sie das tun werden; aber solange sie ihr Jawort nicht ausgesprochen haben, muß diese Spannung in der gesamten österreichischen Industrie, welche einen so enormen Teil der Staatslasten zu tragen hat, fortdauern und der Handel mit Serbien in voller Ungewißheit bleiben.

Aus Budapest erhalten wir eine Meldung, die für den gegenwärtigen Zustand dieser Frage von großer Wichtigkeit ist. Die ungarische Regierung hat den Standpunkt eingenommen, daß sie mit Rücksicht auf die Politik der Gesamtmonarchie sich dem Wunsche des Ministers des Aeußern anschließen und ihrerseits, obwohl es in Ungarn an Agrariern sicherlich nicht fehlt, sich der sofortigen Inkraftsetzung des serbischen Handelsvertrages nicht widersetze. Die ungarische Regierung hat jedoch das Zugeständnis gemacht, der österreichischen Regierung die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren agrarischen Parteien im Parlament über den serbischen Handelsvertrag zu verhandeln. Das ist offenbar der wahre Grund für die eigentümliche Tatsache, daß niemand den Termin für den Beginn der Geltung des serbischen Handelsvertrages anzugeben vermag. Dieser Termin ist eben von der Verständigung des österreichischen Ministeriums mit den Agrariern abhängig. Er wird sonach bekanntgegeben werden, wenn die Agrarier gewonnen sind und die österreichische Regierung die parlamentarischen Folgen eines gegen den Willen dieser Partei unternommenen Schrittes auf handelspolitischem Gebiete nicht mehr zu fürchten hat. Dann wird sie geneigt sein, von dem Ermächtigungsgesetze Gebrauch zu machen, und dann wird voraussichtlich die österreichische Regierung mit der ungarischen Regierung neuerdings in Fühlung treten, um die weiteren Modalitäten festzustellen.

Der Schwerpunkt der Situation liegt somit in der agrarischen Politik, in dem Willen einer Partei, die politisch viel mächtiger ist als die gesamte Industrie, von der der Staat eigentlich vorwiegend steuerpolitisch lebt. Das ist ein beschämender Zustand, und das um so mehr, als nicht bloß die Industrie, sondern auch die äußere Politik der Gesamtmonarchie von der Zustimmung der Agrarier abhängt. Vermutlich wird diese schließlich zu erreichen sein. Aber der Zwischenfall bleibt dennoch charakteristisch für die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen das gegenwärtige System fortwährend zu kämpfen hat.

Eingabe des Niederösterreichischen Gewerbevereins an die Regierung.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein hat an den Ministerpräsidenten und den Handelsminister folgende

Eingabe, betreffend die Inkraftsetzung des Handelsvertrages mit Serbien, gerichtet:

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hat in einer wohlmotivierten Eingabe vom 19. d. die hohe Regierung ersucht, den mit dem Königreiche Serbien vereinbarten Handelsvertrag, nachdem er nunmehr die Genehmigung des serbischen Parlaments erlangt hat, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 30. Dezember 1907, also wenigstens vorläufig mit der Wirkung bis zum Ende dieses Jahres, ehestens in Kraft zu setzen. Die Kammer ersucht, wie andere Korporationen, so auch den ergebenst unterzeichneten Niederösterreichischen Gewerbeverein, diesen Schritt bei der hohen Regierung zu unterstützen. Der Gewerbeverein hat seit jeher auf das Zustandekommen gerade dieses Handelsvertrages hingewirkt und in durchaus sachlicher Weise die Argumente zu widerlegen versucht, welche von der organisierten Landwirtschaft gegen diesen Vertrag und nunmehr auch gegen die Inkraftsetzung desselben geltend gemacht werden. Es muß daran erinnert werden, daß der Vertrag ohnehin schon ein Kompromiß zwischen den Forderungen der österreichischen Industrie und des österreichischen Exportes einerseits und den Wünschen der österreichischen Landwirtschaft andererseits darstellt und daß man daher, wenn dieser Vertrag zu Stande kommt, nicht mehr von der Verletzung der Interessen des einen oder des anderen Teils sprechen darf.

Objektive Beurteiler des Vertrages müssen sich sogar sagen, daß in diesem Kompromiß die landwirtschaftlichen Interessen weit mehr berücksichtigt wurden als die industriellen und Exportinteressen und daß unter dem Regime des neuen Vertrages wichtige Exportindustrien Oesterreichs mit höheren Zöllen nach Serbien werden rechnen müssen als früher, daß andererseits die Einfuhr serbischer landwirtschaftlicher Produkte nach Oesterreich zum Teil wesentlich erschwert, zum Teil an viel schwierigeren Bedingungen als früher geknüpft wurde. Daß hierunter auch die Approvisionierung der Städte und Industrieorte leiden wird, wurde ja schon oft erwähnt. Zudem kommt, daß nunmehr, falls der Vertrag nicht jetzt in Kraft treten sollte, sondern erst dem Parlamente im November vorgelegt würde, die äußerst günstigen Chancen der Herbst- und vielleicht sogar der Frühjahrssaison in Serbien für unsere Geschäftswelt verloren gingen und daß die sehr energische und rührig einsetzende ausländische Konkurrenz noch weitere und vielleicht entscheidende Erfolge auf dem serbischen Markte gegen unsere Interessen erringen könnte.

Ein weiteres Argument für die Inkraftsetzung des Vertrages ist wohl die notorische Tatsache, daß auch die königlich-ungarische Regierung, obwohl bekanntlich in Ungarn die agrarischen Interessen für die allgemeine volkswirtschaftlichen Interessen weit ausschlaggebender sind als in Oesterreich, gegen die Inkraftsetzung des Vertrages keine Bedenken erhebt. Wir gestatten uns, auch ferner darauf hinzuweisen, daß die hohe Regierung im Parlament gewiß die Unterstützung aller industriellen und gewerblichen Abgeordneten, ferner aller Vertreter der Städte und Arbeiterklassen finden wird und daß die industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen mit dem allergrößten Nachdruck diesen Schritt der hohen Regierung zu verteidigen bestrebt sein werden. Schließlich müssen wir, wie dies ja auch die Handelskammer tut, auf die wahrscheinlich sehr ungünstigen Wirkungen hinweisen, die ein Hinausschieben der Inkraftsetzung des Vertrages auf unsere politischen Interessen in Serbien und auf dem Balkan überhaupt üben würde. Wir bitten daher Eure Excellenz, im vitalen Interesse der österreichischen Industrie und des österreichischen Handels, den Handelsvertrag mit Serbien auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 30. Dezember 1907 ehestens in Kraft zu setzen. Genehmigen Eure Excellenz den Aus-

druck unserer vorzüglichsten Hochachtung, womit wir die Ehre haben, zu zeichnen

Niederösterreichischer Gewerbeverein:

Der Präsident: Emil Breßler m. p.

Der erste Sekretär: Dr. Rudolf Kobatsch m. p.

Rundgebung der Brünner Handelskammer.

Brünn, 20. August.

Mit Rücksicht auf die großen Nachteile, die der gesamten österreichischen Industrie und insbesondere auch den Brünner Textilfabriken aus einer weiteren Verzögerung des Inkrafttretens des serbischen Handelsvertrages notwendig erwachsen müßten, hat sich die Brünner Handels- und Gewerbekammer in einer dringenden Eingabe an die Regierung gewendet, in welcher für die sofortige Durchführung des serbischen Handelsvertrages auf das nachdrücklichste eingetreten wird.

Der Standpunkt der ungarischen Regierung.

(Teleogramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 20. August.

In hiesigen politischen Kreisen verursacht die Angelegenheit des serbischen Handelsvertrages keine Beunruhigung. Die ungarische Regierung ist in der Lage, diesen Vertrag provisorisch für die Dauer des laufenden Jahres auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Kraft treten zu lassen. Dieses Provisorium müßte dann natürlich im Laufe der Herbstsession durch das Parlament auf normalem verfassungsmäßigen Wege in einen ratifizierten Handelsvertrag umgewandelt werden. Auch ist man in ungarischen wirtschaftlichen Kreisen davon überzeugt, daß die kompetenten Faktoren im Laufe der langwierigen und mit schwerer Mühe durchgeführten Verhandlungen die wirtschaftlichen Interessen des Landes gewahrt und daß unsere Unterhändler das erreichbare Maß der Vorteile auch erlangt haben. Demzufolge besteht von Seiten Ungarns gegen die Inkraftsetzung des serbischen Handelsvertrages weder ein staatsrechtliches noch ein wirtschaftspolitisches Hindernis, und es ist als gewiß anzunehmen, daß seitens der ungarischen Regierung gegen die Inkraftsetzung des Handelsvertrages kein Einspruch erhoben werden dürfte.

Wenn nun in ungarischen leitenden Kreisen einerseits dieser Auffassung Ausdruck verliehen wurde, ist man in diesen Kreisen andererseits gern bereit, der allem Anscheine nach abweichenden Lage in Oesterreich Rechnung zu tragen und bezüglich des Termins der Inkraftsetzung des serbischen Handelsvertrages zu geeigneter Zeit mit der österreichischen Regierung abermals in Fühlung zu treten.

Die Richterernennungen in Böhmen.

Vom Bürgermeister Dr. Reiniger.

Marienthal, 20. August.

Durch die Richterernennungen in Böhmen wird endlich eine Angelegenheit in Fluß gebracht, deren Lösung von den Deutschen Böhmens aller Parteilichtheiten längst mit Ungebuld erwartet wurde. Bedauerlicherweise bedeuten die Richterernennungen aber keineswegs den Abschluß dieser Affaire, sondern erledigen die ganze Frage nur teilweise. Es scheint, daß man sich entschlossen hat, vorläufig wenigstens, die Besetzung jener Stellen vorzunehmen, für welche eine Einigung erzielt wurde, weil es sich hierbei in der Tat um Besetzungen handelt, die bei der Bevölkerung auf einen besonderen Widerstand nicht stoßen können. Denn sie ändern an dem gegenwärtigen Bestande der beiden Nationen nichts wesentliches. Neu ist das Austunfts-mittel, erledigte Bezirksrichterstellen im deutschen Sprachgebiete im Uebertragungswege zu besetzen, wodurch es möglich wurde, die Besetzungen vorzunehmen, ohne

geht werden. Weil es immer die List der Nachhader in allen Ländern war, die Kraft ihrer Völker gegen imaginäre Feinde aufzuregen, um sie von ihrem eigenen Sinn, ihren eigenen Sorgen abzulenken. Weil die Nachhader fürchten, sonst selbst von dieser Kraft getroffen zu werden. O liebe, tapfere, rastlose Bertr. v. Suttner! So schön ist das wieder gemeint, Ihr Schreiben an den italienischen König! Wieder einmal verlaute Sie, was Tausende verschwiegen bei sich hegen! Doch geschieht Ihnen wieder, was mir die heimliche Ironie Ihres ganzen Lebens scheint: daß Sie immer das Rechte suchen, aber immer auf falschen Wegen. Niemand hat wie Sie mit solcher Leidenschaft erkannt, was das Grundgefühl dieser neuen Zeit ist: es nicht mehr ertragen zu können, daß ein Mensch einem anderen Menschen Gewalt antun darf in irgend einer Form. Der Mut, das Vertrauen, die Seligkeit, mit welchen Sie sich dieser Empfindung, die allein uns erst würdig macht, Menschen zu heißen, seit so vielen Jahren ergeben haben, sollen Ihnen niemals vergessen werden. Aber welch ein merkwürdiger Einsall, um das Unrecht der Gewalt aufzuheben, sich an diejenigen zu wenden, die von diesem Unrecht, durch dieses Unrecht leben! Welch ein Einsall, Minister und Generale für einen Plan einzuspannen, der sie brotlos macht, wenn er glückt! Natürlich setzt sich das mit Ihnen hin und begeistert sich auf dem Papier und dankt Ihnen und feiert Sie und ist gerührt und fährt dann heim und wirft Herbe oder Liebesknecht in den Kerker, wo Sie auch schon längst wären, hätten Sie sich mit Ihren Gedanken jemals an einen gewendeten, der damit Ernst machen könnte. Mir tut's leid, wie Sie Ihre wunderbare Kraft vergeuden und mit Ihrer starken hellen Stimme immer nur ins Leere hin verhallen. Was denken Sie denn, daß Ihnen jetzt der König antworten kann? Glauben Sie denn, wenn wirklich ein Haß zwischen diesen beiden Völkern wäre, irgend ein König der Welt hätte die Macht, ihren Krieg zu

hindern? Und glauben Sie denn, daß es heute noch irgendwo in Europa einen König gibt, der einen Krieg führen könnte, den sein Volk nicht will? Warum gehen Sie nun wieder an die falsche Adresse? Diese „Verständigung“ von Italien und Oesterreich wollen wir alle. Sie ist innerlich längst da. Sie muß sich nur endlich auch einmal nach außen kehren. Nur denken Sie doch um Gotteswillen nicht, daß dies „auf diplomatischem Wege“ geht. Die Diplomaten und die hinter den Diplomaten stehen, sind es doch allein, die den Haß wollen, weil sie ihn brauchen. Aber was kümmern uns die Diplomaten? Italien ist frei, und unser neues Oesterreich geht daran, frei zu werden, und dann wird es nicht mehr der Wille der Diplomaten, sondern der Wille der Völker sein, der geschieht. Zu diesen müssen Sie darum sprechen, und wenn Sie wollen, daß die „Verständigung“, die geistig, haben und brüben, längst vollendet ist, nun auch endlich sichtbar und wirksam werde, dann trachten Sie, daß aus beiden Ländern Männer, zu welchen das Volk Vertrauen hat, die Führer der Arbeit, der Wissenschaft und der Kunst, einmal irgendwo zusammenkommen und sich Rede stehen und die Klagen hören, die eins gegen das andere hat, bis dann so die alten, hundertjährigen Lügen alle zerreißen und zerfallen werden und der Deutsche mit dem Welschen sich in derselben Eintracht beistimmen finden wird wie hier unter meinem Balkon der fremde Kocher mit unserer lieben heimischen Wiese. Etwas in dieser Art müssen Sie einmal tun, weil man Sie dann erst so gern haben kann, wie es Ihnen eigentlich doch gebührt.

Lustig ist, was von der Entdeckung dieser wunderwirkenden Quellen erzählt wird, die hier jetzt unsere hingefunkelten Nerven heilen. Also, zuerst war da in alten Jahren eine Grotte im Glimmer, aus der im Grunde Wasser quoll. Die Menschen mieden sie. Wie denn in der guten frommen Zeit alles Natürliche für Teufelswerk an-

gesehen war. Aber die Hunde, die offenbar heidnisch geblieben waren, sah man, wenn sie sich irgend im Gemüt oder an der Haut geizt fühlten, flugs nach dem Berge rennen, um sich in der Höhle dort abzuwaschen. Allgemach entschlossen sich denn auch etliche Menschen dazu, die erfahren haben mochten, daß der Mensch gut tut, seinem Hunde mehr als dem eigenen Verstand zu trauen. Sie hatten es nicht zu bereuen, auch sie genas von allerhand Jucken, die Stunde ging herum, und so ging dort gar bald ein lustiges „Bauernbadl“ an, wie mit solchen Tirol noch heute in vielen Tälern gesegnet ist. Das hielt an, bis ein neues Zeitalter kam, in welchem nun plötzlich die Wissenschaft sich unter die menschlichen Dinge glorieich einzumischen begann. Und in Trient war ein solcher Mann der Wissenschaft und geprüfter Arzt, der nahm das Wasser von Levico kritisch vor, und richtig, da wies es sich, daß darin bei Kupfer und Eisen, die für unschuldig gelten mochten, auch Arsenik war, ein höchst schlimmes und menschenfeindliches Gift, weshalb denn nun über Antrag des tridentinischen Weisen sogleich von der Obrigkeit das Bad geschlossen und verboten wurde. Doch hat die Wissenschaft dann wieder das Gute, daß sie ja nach ein paar Jahren alles immer wieder anders und umgekehrt weiß; sie dreht sich wie ein Rad, oben wird unten. Und so kam sie drauf, daß dieses Gift vielmehr dem Menschen gut gestimmt und vieles heilend ist, und was verboten war, wurde nun wieder erlaubt, und schließlich behielten halt die Hunde doch Recht. Aber diese ärztliche Hundegeschichte, die wirklich klingt, als ob sie der Hofrat Burchard erfunden hätte (doch steht sie schon in einem Büchel erzählt, das vor fünf- unddreißig Jahren der Dr. Joseph Pachter, ein Arzt aus dem nahen Roncigno geschrieben hat; ich fand sie in den „Herbsttagen“ von Ludwig Steub), sie hat noch eine recht österreichische Fortsetzung. Als nämlich nun der Segen dieser Quellen sich immer reichlicher bewies und aus allen Welten immer mehr Menschen kamen und

Duende von ezechischen Anwärtern zu überspringen. Gewonnen ist allerdings für die Deutschen mit dieser Maßregel nichts, da durch die Ueberseetzungen genau so viele deutsche Richterposten wieder in Erledigung gekommen sind, als zu besetzen waren. Man darf daher mit Sicherheit annehmen, daß die deutsche Bevölkerung dieser neuen Methode wenig Geschmak abgewinnen wird.

Nicht gebilligt kann auch die Befehung der Ratsstellen beim Prager Oberlandesgerichte werden; denn bei diesem Gerichtshofe ist die Vertretung des deutschen Elements schon lange eine völlig unzureichende, und man kann es daher nicht akzeptieren, daß von den drei erledigten Ratsstellen wieder zwei den Ezechien überantwortet werden. Jedenfalls beweist der Vorgang wieder, wie unumgänglich notwendig das Institut des deutschen Landmannministeriums ist; denn niemand wird daran zweifeln, daß, wenn dieses Ministerium nicht besteht, es nach den Vorgängen des heutigen Sommers hätte leicht geschehen können, daß die Deutschen bei den jetzigen Richterernennungen schlechter abgeschnitten hätten, als es der Fall ist. Gefüllt ist mit den vorliegenden Ernennungen das deutsche Verzeichnis, welches der Ministerpräsident den deutschen Parteien vor der Zurückziehung der Dringlichkeitsanträge bezüglich der Lösung dieser Frage gegeben hat, allerdings, wie oben bereits hervorgehoben wurde, nur zu einem sehr geringen Teile. Die deutschen Politiker werden um so mehr darauf bestehen müssen, daß auch die noch ausstehenden Ernennungen nicht nur bald und jedenfalls noch vor dem Herbst, sondern mit voller Berücksichtigung der deutschen Wünsche, der deutschen Forderungen vollzogen werden.

Ein Appell der Bosnier an den Kaiser.

Wien, 20. August.

Anlässlich des kaiserlichen Geburtstages versammelten sich die Vereine der Landeshauptstadt Bosnien zu einem Guldigungsfeiern, der sich in den Royal Sarajewo zum Landeschef und Korpskommandanten begab, wo Vizebürgermeister Dr. Mandic eine Ansprache hielt, die in eine Bitte an die Krone um Gewährung einer Verfassung für Bosnien und Feststellung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Provinz zur Monarchie ausklang. Diese Guldigungsansprache lautete:

Eure Excellenz!

Millionen Untertanen der verschiedensten Religionen, Nationalitäten, Stände und Berufe feiern in der Monarchie das Jubeljahr ihres erhabenen Souveräns als ein Fest der Völker, sich gegenseitig überdient, ihrer Begeisterung und dem aufrichtigsten Patriotismus je mehr manifestierenden Ausdruck zu verleihen.

Kaum können die Völker der Monarchie den kaiserlichen Geburtstag erwarten als den feierlichsten Moment des Jubeljahres, damit sich die gemeinsame Jubelstimmung emporschwingt zum Throne des Allmächtigen und sich vereinigt mit ihren heißen Gebeten für die geliebte Person ihres allernächsten Herrschers.

Die Wohlklänge dieses Hoheliedes widerhallen in der gesamten Kulturwelt, während der Zauber seiner Harmonie Herz und Seele jedes österreichischen und ungarischen Untertans vibrieren läßt. Und der Afford dieses Wohlklanges fand auch seinen Widerhall im Herzen Bosniens und der Herzegovina, der schönen Hauptstadt Sarajewo. Die Hymne rief uns zusammen, uns alle, die wir dynastisch und patriotisch fühlen, damit wir, obwohl die Aemsen und Schwächsten, als das jüngste Schößling der kaiserlichen Gnade in den ersten Reihen dieses grandiosen Jubelreigenes würdig vertreten werden.

Wir erwarten von den alten Anführern der großen Monarchie, daß sie Bosnien diese kleine Unbescheidenheit, mit ihnen in der Dankbarkeit und unterwürfigen Ergebenheit weiterzugeben, vergeben werden, sich erinnernd jener historischen Momente und Beziehungen, welche Bosnien und die Herzegovina mit dem Throne des glorreichen Geschlechtes der Habsburger unterhalten hat.

der Ruf hinaus drang und das alte Rathaus die Kranken nicht mehr fassen konnte und die kleine Stadt nicht das Geld hatte, ein neues zu bauen, und niemand im Lande war, es aufzubringen, da fiel es dem österreichischen Staat (der ja jetzt auch wieder Joachimsthal ausläßt; o, unsere Verwaltung!) nicht ein und niemandem in Wien fiel es ein und niemandem in Oesterreich, daß hier eine Gelegenheit wäre, eine gute Tat zu tun und ein gutes Geschäft zu machen (was einen doch freuen muß, wenn's einmal so zusammen trifft), sondern es waren Berliner, denen es einfiel. Dieser ganze wunderbare Anstich in dem italienischen Tal, das so was altösterreichisch Liebes hat, mit dem großen neuen Hotel, dem prächtigen Park, den kunstvollen Anlagen für Bäder und Kuren, alles gehört einer Berliner G. m. b. H. (Wie ich ja seit Jahren vorhergesagt, daß sicher einmal eine Berliner G. m. b. H. Dalmatien übernehmen wird; und dann wird's gehen.)

Das Städtchen ist durchaus italienisch. Doch wissen die meisten Deutsch. Aber sie sind sehr dankbar, wenn man die Höflichkeit hat, sie italienisch anzureden. Im Hotel mischen sich Russen und Italiener mit Franzosen, Engländern und Deutschen. Es hat die Ordnung und Ruhe der großen englischen Hotels und etwas von jener wirklichen Eleganz, die es nicht für nötig hält, mit dem Finger auf sich zu zeigen. Und was mir so wohl tut: es wird hier mit der Kur nicht gepözt. Es gibt Bäder, in welchen die Kuren gleichsam wie öffentliche Gebete verrichtet werden und die Klerge sich als die Höfen Priester gebärden. Davon hat nun unser liebenswürdiger Dr. Kiernberger hier höchstens seinen etwas affyrischen Bart. Ueberhaupt eine gute Maske; so muß ein „Frauenarzt“ aussehen. Schöner Mann, aber erstens als der Typus sonst ist, mit einem dunklen Busch von geheimnisvoller Strenge, die die Frauen leise bebend macht. Und darin steckt dann doch ein sehr tüchtiger, erfahrener und gewissenhafter Arzt, von Selbstaufmerksamkeit in vielen Dingen, der vor allem weiß, was Kranke am nötigsten haben: einen guten Freund.

Es ist dies derselbe a. h. Thron, zu welchem unser schwergeprüftes Volk durch vierhundert Jahre seine Blide mit flehenden Bitten emporgerichtet hat, man möge auch ihm den Zugang zu den angrenzenden Kulturvölkern gewähren. Es ist dieselbe strahlende Krone, die vor 30 Jahren dieses Volksgebet erhört und am 18. August 1878, als am Geburtsfest ihres erhabenen Trägers, durch seine hebenmütigen Heerschaaren das stolze und ruhmvolle Banner der Habsburger auf der Festungszinnen Sarajewos gehißt und dem Volke die Friedenspalme gebracht hat.

Es ist daselbe Szepter, von welchem vor drei Dezennien nach länger überwölften vier Jahrhunderten das Licht der Freiheit zurückstrahlte und diesen Ländern die Bedingungen der Kultur und des segensreichen Fortschritts geschaffen hat. Daher hat Bosnien und die Herzegovina als die jüngste Teilhaberin an der a. h. Gnade neben anderen Völkern noch besonders Gründe, die große Volksfeier des 60. Jubiläumsjahres der kaiserlichen Regierung und des a. h. Geburtstages auf eine besondere Weise zu begehen und zur Manifestation dieses Festes ihrer Hauptstadt das beste Festkleid anzulegen. Zudem aber ist dieser Feiertag noch eine besondere Seltenheit der Vorsehung.

Nachdem der Redner die Tugenden des Monarchen in schmerzlicher Weise gepriesen hatte, fuhr er fort: „All die Reflexionen ergreifen unsere Seele in dem Moment, in dem wir die Ehre der gesamten patriotischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegovina dem Festesreigen der Völker unserer Monarchie uns beigesellen, um in ihrer Gemeinschaft vor den Stufen des a. h. Thrones Sr. Apostolischen Majestät unsere Herzen voll uniglicher Anbiederung, Dankbarkeit, unwandelbarer Treue und unterwürfiger Ehrerbietung niederzulegen.“

Wir kommen nun, Eure Excellenz zu bitten, Sie mögen der Interpret dieser Gefühle der aufrichtigsten Loyalität beim a. h. Throne und der gütigen Bejahung sein unserer tiefsten, an die kaiserliche Gnade gerichteten Bitte: Den unauf lösbaren, rechtlichen und sachlichen Banden, welche diese Provinzen seit dreißig Jahren mit der Monarchie innig verknüpfen, ehehalb eine völlig ausgeprägte Form in staatsrechtlicher Beziehung dieser Provinzen zu der österreichisch-ungarischen Monarchie zu verleihen und auf dieser Grundlage das Volk dieser Länder der staatslichen Institutionen des modernen Verfassungslebens, für welches die Volksseele ihre Reife fühlt, teilhaftig zu machen.“

Und so fordere ich alle anwesenden Korporationen verschiedener Konfession, Nationalität, Berufes und Standes zu dem einmütigen Rufe auf: „Der Allmächtige erhalte unsern allernächsten Kaiser, König und Herrn Franz Josef I. zum Gede und Ruhme aller seiner Völker bis zu den äußersten Grenzen des menschlichen Lebens!“

Auf diese Ansprache erwiderte der Landeschef und Korpskommandant FML. v. Winzler:

Ich nehme die Ansprache, die Sie an mich gerichtet haben, dankend zur Kenntnis und werde nicht ermangeln, Se. Majestät von der patriotischen Haltung der Vereine und der ganzen Bevölkerung der Stadt Sarajewo in Kenntnis zu setzen. Auch ich stimme in den Ruf ein: Se. Majestät der Kaiser und König Franz Josef I. lebe hoch, l'vivio, hoch!“

Ich danke dem Herrn Vizebürgermeister Dr. Mandic, ich danke allen Herren Vereinspräsidenten und Anwesenden.

Bevorstehende Ankunft Tittonis in Salzburg.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Salzburg, 20. August.

Minister Tittoni hat sich für Anfang der nächsten Woche zu einem mehrtägigen Aufenthalt in Salzburg angekündigt. Der Minister wird im Automobil eintreffen. Der Tag seiner Ankunft ist noch unbestimmt. Herr Tittoni hat sich auch im vorigen Jahre mehrere Tage hier aufgehalten.

Das Verhältnis zwischen England und Deutschland.

Neuerungen des Sekretärs des englischen Schatzkanzlers.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 20. August.

Der Sekretär des englischen Schatzkanzlers Lloyd George möchte einem Spezialkorrespondenten des „Berliner Tageblatt“ in Frankfurt am Main Mitteilungen über die Ansichten Lloyd Georges, betreffend die deutsch-englischen Beziehungen.

Der Sekretär erklärte zunächst, der Minister habe die Absicht gehabt, nach St. Blasien im Schwarzwalde zu fahren, wo sich gegenwärtig Admiral Tirpitz, der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, aufhält, doch sei steinswegs eine Zusammenkunft mit Admiral Tirpitz geplant gewesen. Der Ausflug nach St. Blasien unterblieb aber, da im dortigen Kurhause keine Unterkunft zu haben war. Weiter teilte der Sekretär mit, daß Lloyd George in Straßburg und in Frankfurt am Main von den deutschen Behörden bei seiner Absicht, die sozialpolitischen Einrichtungen Deutschlands zu Gunsten der Arbeiter zu studieren, in entgegenkommender Weise unterstützt wurde. Sodann fuhr der Sekretär fort:

Morgen kommen wir nach Berlin, wo der Minister sich etwa drei Tage, ebenfalls zu Studienzwecken, aufhalten wird. Offizielle Besuche bei politischen Persönlichkeiten, abgesehen von dem beim englischen Botschafter, sind nicht vorgesehen. Es ist selbstverständlich, daß der Schatzkanzler auch auf dieser Reise die von ihm vertretene Sache des Friedens nicht aus den Augen lassen wird und daß seine Mission nicht ohne politische Bedeutung ist. Er ist aber nicht Premierminister, er ist auch nicht Beauftragter des englischen Kabinetts für Bemühungen in dieser Richtung. So ist es ausgeschlossen, daß er mit Vorschlägen über mündliche Verhandlungen an das deutsche Kabinett herantritt, wohl aber würde Lloyd George willig und nur zu gerne mit den offiziellen Stellen in derartige Unterhandlungen eintreten, wenn diese ihn dazu anregen.“

Auf die Frage, wie sich Lloyd George die von ihm angekündete Verständigung denke, antwortete der Sekretär:

Deutschland hat eine achtmal so starke Armee wie England, da kann es hinsichtlich der Flotte eine Konzession machen. In England will die breite Masse des Volkes auch nicht den Krieg und seine Gräuel. Auch gönnt man Deutschland den berechtigten Besitz einer starken Flotte, aber der Gedanke, daß Deutschland darüber hinaus mit aggressiven Tendenzen mehr im Sinne habe, ist vielen Engländern geläufig und unerträglich. Lloyd-George glaubt jedoch zuversichtlich an die dauernde Erhaltung des Friedens, zumal die kommenden Wahlen, wenigstens sicherlich für das nächste Mal, einen Sieg der Liberalen und damit ein neues Unterpfand der Aufrechterhaltung der bisherigen Friedenspolitik versprechen.

Mt. Lloyd-George sieht sehr wohl die Möglichkeit einer Verständigung durch eine Konferenz beiderseitiger Staatsdelegierter mit dem Ziele einer Beschränkung der Rüstungen. Der Wille zum Frieden besteht beide Teile, also müßte sich auch ein Weg finden.“

Der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, der eigens zur Begrüßung Lloyd-Georges von seinem Landfeste in Berlin eintrifft, gibt morgen abends zu Ehren des englischen Schatzkanzlers ein Diner.

Die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien.

Wien, 20. August.

Der Gesandtenrat, betreffend die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien ist heute, nachdem diese Angelegenheit jahrelang die öffentliche Meinung des Landes intensiv beschäftigt hatte, von der Kammer angenommen worden. König Leopold hatte schon im Jahre 1889 testamentarisch verfügt, daß der wenige Jahre vorher von ihm geschaffene Kongostaat nach seinem Tode in den Besitz Belgiens übergehen solle. Große Vorschüsse, die Belgien dem Kongostaat erteilte, die sonstigen Schulden des Kongostaates, dann die Ansprüche des Königs in Bezug auf eine große Privatdomäne innerhalb desselben und in Bezug auf die Regierung und Verwaltung des Staates, ferner der Einpruch Englands gegen den über die Reger verhängten Arbeitszwang, verwickelten die an sich schon schwierige Arbeit, die Bestimmungen, betreffend die Uebernahme, festzustellen. Mehrmals glaubten die Gegner desselben, hauptsächlich die Sozialisten und Radikalen, daß es ihnen gelingen werde, sie zu verhindern, sie sind nun aber doch von den Anhängern der Annexion überstimmt worden.

Brüssel, 20. August. Die Kammer hat die Zusatzakte und hierauf den Gesandtenrat, betreffend die Uebernahme des Kongostaates durch Belgien, mit 83 gegen 55 Stimmen bei 9 Stimmenenthaltungen angenommen.

Hierauf wurde das gesamte Kolonialgesetz mit 90 gegen 48 Stimmen bei 7 Stimmenenthaltungen in zweiter Lesung angenommen.

Das neue Regime in der Türkei.

Abberufung des Wiener und Berliner türkischen Botschafters.

Konstantinopel, 20. August.

Die türkischen Blätter bestätigen, daß der Minister des Äußern die Abberufung des Berliner und des Wiener Botschafters sowie des Belgrader Gesandten beantragt habe.

Bernühende Erklärungen Kiamil Paschas.

Konstantinopel, 20. August.

Großvezier Kiamil Pascha hat in Unterredung mit verschiedenen Diplomaten abermals versichert, daß die Situation sich stetig beruhigt und eine weitere günstige Entwicklung zu erwarten ist.

Die Reformtätigkeit der Ministerien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 20. August.

Aus Konstantinopel wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Die Reformtätigkeit der Ministerien dauert fort. Der Finanzminister wird heute an die Beamtenauszahlung und an das Militär den Gehalt für einen Monat auszahlen. Von 390 Titulargeladungen treten 360 in die Front zurück. Der gestrige Ministerrat beschloß unter andern, die nach Tripolis Verbannten auf Staatskosten in die Heimat zurückzubringen, ferner die bisherigen Formalitäten beim Wechsel eines Domizils aufzuheben, die Gemeinderäte auf Grundlage des städtischen Wahlrechtes einzurichten und mit Erparnissen an Staatsbeamtengehältern vom 14. d. angefangen zu beginnen.

Allgemeine Wehrpflicht in der Türkei.

Wien, 20. August.

Aus Konstantinopel wird geschrieben: Der angekündigte Gesandtenrat über die allgemeine Wehrpflicht aller Osmanen ohne Unterschied der Religion und des Wohnsitzes setzt das militärpflichtige Alter von 20 bis 45 Jahren an und die Dienstzeit mit sechs Jahren, wovon drei Jahre aktiv und drei Jahre in der Reserve zugebracht werden sollen. Es ist beabsichtigt, später die aktive Dienstzeit auf zwei Jahre herabzusetzen. Ferner wird davon gesprochen, die Militärtage, die bisher nur von den militärfreien Mohammedanern zu bezahlen war, von 50 auf 25 türkische Pfund zu erniedrigen. In die Kriegsschule sollen in Zukunft auch Nichtmohammedaner zugelassen und in der gleichen Weise befördert werden wie die Mohammedaner.

Die Regierung wird, bevor sie das Gesetz in Kraft setzt, erst eine Volkszählung veranstalten. Nach Informationen aus guter Quelle beträgt gegenwärtig der Aktivstand des türkischen Heeres im ganzen Reiche